ARBEIT UND DIGITALISIERUNG 08.01.2026 | Noreena Hertz

Silicon Valley Sozialismus

KI-Gurus versprechen Wohlstand ohne Arbeit. Doch Macht und Eigentum bleiben in der Tech-Branche extrem konzentriert.

Auf dem saudisch-amerikanischen Investitionsforum im November sprach Elon Musk von einer Zukunft, in der fast alle Arbeiten durch Künstliche Intelligenz (KI) und humanoide Roboter übernommen werden. Geld, so seine These, wäre dann weitgehend irrelevant. Menschliche Arbeitsplätze wären „optional“, würden also eher Hobbys wie Gartenarbeit entsprechen. Maschinen würden die Armut beenden, da jeder vom Staat ein „hohes universelles Einkommen“ erhalten könnte.

Musk ist nicht der einzige Tech-Gigant mit einer solchen Zukunftsvision. Demis Hassabis von Google DeepMind freut sich auf eine Ära „radikaler Fülle“, in der KI für außergewöhnliche Produktivität und Wohlstand sorgen werde, wobei sämtliche Gewinne „fair“ verteilt würden. Mustafa Suleyman von Microsoft AI plädiert für eine „universelle Grundversorgung“, wobei er den Zugang zu leistungsstarken KI-Systemen und digitalen Diensten fast als eine Art Rechtsanspruch betrachtet. Und Sam Altman von OpenAI hat einen „amerikanischen Vermögensfonds“ vorgeschlagen, der große Unternehmen und privaten Grundbesitz mit 2,5 Prozent pro Jahr besteuern würde, um jedem Erwachsenen in den USA eine jährliche Dividende zu zahlen.

Einfach ausgedrückt: Die führenden Architekten der KI machen keinen Hehl daraus, dass sie Systeme entwickeln, deren Erfolg nicht nur materiellen Überfluss schaffen, sondern auch große Teile des Arbeitsmarktes auslöschen würde. Laut ihrer Zukunftsvision werden die „Quellen des gemeinsamen Wohlstands“ so reichlich fließen, dass die Menschen nicht mehr für die Stunden bezahlt werden, die sie in einer Fabrik arbeiten, sondern „entsprechend ihren Bedürfnissen“.

Wenn Ihnen dieser letzte Satz bekannt vorkommt, dann deshalb, weil er von Karl Marx stammt. Sind die hoch gelobten Vorreiter des Kapitalismus in Wirklichkeit heimliche Sozialisten? In gewisser Weise schon: Die Unternehmer, die moderne KI entwickeln, äußern sich hinsichtlich der Verteilung des Reichtums ungewöhnlich offen. Sie

wissen, dass der Anteil der Arbeit am Nationaleinkommen schrumpfen wird, wenn Maschinen Aufgaben billiger ausführen als Menschen. Verschwinden die Löhne, brauchen die Menschen andere Möglichkeiten, um wohnen und sich ernähren zu können, und die Wirtschaft benötigt neue Mechanismen, um die Kaufkraft aufrechtzuerhalten.

Sieht man sich jedoch die Vorschläge der Technologieführer genauer an, verblasst ihre scheinbare Affinität zum Sozialismus schnell: Altman plädiert weder für eine Kontrolle von OpenAI durch die Arbeitnehmer noch für eine Verstaatlichung der Infrastruktur. Er möchte lediglich die Gewinne staatlich sozialisieren. Ein „hohes universelles Grundeinkommen“ könnte zwar dazu beitragen, diese Gewinne zu verteilen, aber die Chips, Modelle und Plattformen, die dafür verantwortlich sind, würden weiterhin einigen wenigen – und außerordentlich reichen – Personen gehören.

Das wäre kein Sozialismus, wie wir ihn kennen. Eine winzige Elite hätte die Kontrolle über die KI und würde allen anderen einen Scheck oder eine Art digitales Almosen aushändigen. Dies würde zwar zum Leben reichen, wäre aber nicht genug, um die Machthaber herausfordern zu können.

Wäre das angebotene universelle Einkommen hoch genug, um ein komfortables Leben zu führen, wäre es manchen zwar sicherlich egal, wem die Algorithmen und Rechenzentren letztlich gehören. Es gibt jedoch mindestens drei Gründe, um skeptisch zu sein:

Erstens heißt es, sobald die Produktivitätsgewinne voll ausgeschöpft seien, würden großzügige KI-Dividenden fließen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass die Besitzenden, sobald Reichtum und Eigentum gesichert sind, selten freiwillig bereit sind, ihren Anteil daran zu verwässern. Bereits heute besitzen wenige KI- und Plattformkonzerne einen erstaunlich großen Teil der gesamten globalen Unternehmenswerte.

Bevor ein ernst zu nehmendes, KI-finanziertes Einkommensmodell kommt, wird ein Großteil dieser Werte in konzentriertes Eigenkapital und dynastischen Reichtum umgewandelt worden sein. Die heutigen KI-Barone zu bitten, diese Struktur nachträglich zu sozialisieren, wäre so ähnlich, wie die Fabrikbesitzer der viktorianischen Ära dazu aufzufordern, den Sozialstaat zu erfinden.

Zweitens: Selbst, wenn eine Art Verteilungssystem zustande käme, wie würde es dann der großen Mehrheit der Länder gehen, die keine führenden KI-Unternehmen haben? Werden lokale Arbeitsplätze automatisiert, während sich in Kalifornien, Seattle oder Shenzhen die

Gewinne häufen, wer genau wird dann die Einkommen der arbeitslosen Bürger in anderen Ländern ersetzen? Zu dieser Frage halten sich die KI-Gründer auffallend zurück.

Drittens kann eine monatliche Zahlung – wie großzügig sie auch sein mag – kein Ersatz für ein sinnvolles Leben sein. Arbeit ist seit langem eine der wichtigsten Möglichkeiten, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Durch sie beweisen wir uns selbst und anderen, dass wir wichtig sind. Sie gibt unserem Leben Sinn, Struktur und Bestätigung. Ohne sie laufen wir Gefahr, zu einer Gesellschaft passiver Zuschauer zu werden – gut ernährt, permanent unterhalten durch KI-generierte Inhalte und versorgt von humanoiden Robotern, aber der Würde beraubt, die daraus entsteht, sich um andere zu kümmern und gebraucht zu werden.

Ein Grundeinkommen kann beruhigend wirken, aber auch Zündstoff für Revolten sein. Eine Bevölkerung, die materiell versorgt, aber politisch machtlos ist, wird wahrscheinlich nicht für immer fügsam bleiben. Selbst wenn die Regierungen also herausfänden, wie sie ein hohes universelles Einkommen gewährleisten und einen erheblichen sozialen Anteil an den Vorteilen der KI abschöpfen könnten, kann die Antwort auf die massive Automatisierung nicht einfach darin bestehen, Roboter zu besteuern und jedem einen neuen Tesla zu kaufen. Das Einkommen ist wichtig, aber ebenso wichtig ist die persönliche Handlungsfähigkeit.

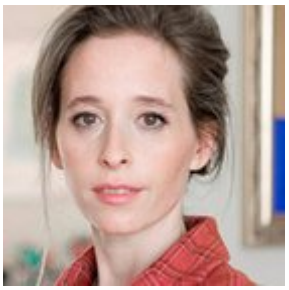
Das bedeutet, dass Regierungen und Zivilgesellschaft die Kontrolle über das immer größere KI-Terrain behalten müssen. Regeln, Beschränkungen und Schutzmaßnahmen dürfen nicht den mächtigen Unternehmern des privaten Sektors überlassen werden. Darüber hinaus müsste ein erheblicher Teil der künftigen KI-Gewinne für bestimmte Güter ausgegeben werden, die zur „menschlichen Ökonomie“ gehören: Pflege, Bildung, Kunst, lokale Demokratie. Dies würde nicht dazu dienen, sinnlose Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es würde berücksichtigen, dass Staatsbürgerschaft auf persönlichem Engagement beruht.

Und schließlich brauchen wir globale Mechanismen, um Länder ohne führende KI-Unternehmen davor zu bewahren, zu Kollateralschäden zu werden. Eine Möglichkeit dazu wäre ein internationaler KI-Dividendenfonds, der über eine bescheidene Abgabe auf die Gewinne oder die Rechenleistung der größten KI- und Cloud-Unternehmen finanziert wird. Die Auszahlungen dieses Fonds könnten an die Länder gehen, die finanziell am stärksten unter der Automatisierung leiden. Ein solches System wäre zwar unweigerlich unvollkommen und politisch schwer umsetzbar, würde aber zumindest eine Antwort auf die Frage geben, die Musk und seine Kollegen ignorieren: Wer bezahlt für alle anderen?

Die Tech-Giganten bieten uns eine Zukunft des Sozialismus von oben: Sie behalten die Produktionsmittel, wir bekommen Zuwendungen. Unsere Aufgabe ist es, die Demokratie von unten zu fördern. Das bedeutet, dass wir nicht nur unseren Anteil am KI-Reichtum fordern, sondern auch die nötige Macht, um die Mittel für seine Erzeugung gestalten und kontrollieren zu können.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff



Noreena Hertz
London

Noreena Hertz ist eine promovierte britische Ökonomin, Hochschullehrerin und Autorin. Seit 2014 ist sie Honorarprofessorin am *Institute for Global Prosperity* des *University College London*.